



Gedankenanstöße für eine bessere Zukunft

BRD laut Prof. Dr. Schachtschneider „ein Staat ohne Legitimation“

Ein Staat ohne Legitimation

Von Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider

Rechtsstaat verloren:

Nach einem halben Jahrhundert europäischer Integration hat Deutschland gänzlich andere politische Strukturen, als sie das Grundgesetz verfaßt hat. Die Republik ist keine Demokratie im freiheitlichen Sinne mehr. Sie ist kein Rechtsstaat mehr, in dem durch Gewaltenteilung und Rechtsschutz die Grundrechte gesichert sind. Sie ist kein Sozialstaat mehr, sondern unselbstständiger Teil einer Region des globalen Kapitalismus. Sie ist auch kein Bundesstaat mehr, weil Bund und Länder ihre existenzielle Staatlichkeit eingebüßt haben. Die Strukturprinzipien des Grundgesetzes, welche die Integration in die Europäische Union nach dessen Artikel 23 Absatz 1 respektieren muß, sind entwertet. In einer solchen Union darf Deutschland nach seinem Grundgesetz nicht Mitglied sein. Noch hat die BRD nicht ratifiziert, das BVerf.ger. hat dem Bundespräsidenten die Unterschrift verboten.

Freiheit verloren, Demokratie abgeschafft:

Demokratie ist die politische Form der allgemeinen Freiheit. Die Gesetze müssen der Wille aller Bürger sein. Wenn sie nicht das Volk unmittelbar durch Abstimmungen beschließt, müssen sie im Parlament (eingebettet in den öffentlichen Diskurs) beraten und beschlossen werden. Die meisten Rechtssätze, die in Deutschland gelten, sind aber von den exekutiven Organen der Union als Richtlinien und Verordnungen beschlossen worden, insbesondere im Wirtschaftsrecht. Das Europäische Parlament hat nur begrenzten Einfluss auf diese Rechtsetzung, vor allem aber ist es kein wirkliches Parlament, das die demokratische Legitimation auch nur stärken könnte. Das Stimmgewicht seiner Wähler weicht krass voneinander ab. Die Rechtsetzung der Union kann nicht von den nationalen Parlamenten verantwortet werden, um dem demokratischen Prinzip zu genügen; denn deren Abgeordnete können die Unionspolitik schlechterdings nicht voraussehen. Das demokratische Defizit der Rechtsetzung der Union ist nicht behebbar.

Zentralistische Despotie:

Die Union hat, wie alle zentralistischen Bürokratien, ihre Befugnisse auf alle wirtschaftlich wichtigen Bereiche ausgedehnt, vielfach entgegen dem Text der Verträge. Das ist vor allem das Werk der Kommission und des Europäischen Gerichtshofs, welche die Verträge nicht etwa eng, wie es das Subsidiaritätsprinzip gebietet, handhaben, sondern denkbar weit, oft ohne Rücksicht auf den Wortlaut, aber im Interesse der Integration. Verschiedentlich haben die Mitgliedsstaaten, die "Herren der Verträge", Texte nachgereicht, um den "gemeinschaftlichen Besitzstand" zu festigen.

Sozialprinzip aufgegeben:

Die Judikatur der unmittelbaren Anwendbarkeit der Grund- oder Marktfreiheiten hat die an sich völkerrechtlichen Pflichten der Mitgliedsstaaten zu subjektiven Rechten der Unternehmen gewandelt, gewissermaßen zu Grundrechten. Das hat die Gemeinschaft der Sache nach schon 1963 zum Staat gemacht, ein Staat freilich ohne legitimierendes Staatsvolk. Die Mitgliedsstaaten haben sich gegen diesen Umsturz nicht gewehrt, auch nicht deren Gerichte. Seither ist der mächtigste politische Akteur der Europäische Gerichtshof. Sein Leitbegriff ist das Gemeinschaftsinteresse. Die Mitgliedsstaaten können ihre Interessen nur behaupten, wenn der Gerichtshof diese als zwingend anerkennt. Das tut er fast nie. Diese Judikatur hat die weitreichende Deregulierung erzwungen, auch der Daseinsvorsorge (Energie usw.). Der Wettbewerb soll Effizienz und Wohlstand steigern, wird aber von der Kommission ohne rechtsstaatsgemäßen Maßstab, meist im Kapitalinteresse administriert. Marktmächtige Oligopole sollen weltweit wettbewerbsfähig sein. Das Sozialprinzip hat keine Entfaltungschance mehr. Die Gerechtigkeit soll ausgerechnet der Markt herstellen - ohne soziale Ordnung ein globales Ausbeutungsszenario.

Erzwungene, vertragswidrige "Gemeinsamkeit" auf tiefstem Niveau:

Das Herkunftslandprinzip, vom Gerichtshof entgegen dem Vertrag entwickelt, ist ein wesentlicher Hebel der Entdemokratisierung und Entmachtung der Völker. Die Gesetze aller Mitgliedsstaaten entfalten in allen Mitgliedsstaaten Geltung und Wirkung, im Lebensmittelrecht, im Arbeitsrecht, im Gesellschaftsrecht usw. Die Völker können ihre Politik nicht mehr durchsetzen, vielmehr müssen sie ihre Standards nach unten anpassen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu wahren. Die Handhabung der Niederlassungsfreiheit etwa macht es möglich, der deutschen Unternehmensmitbestimmung auszuweichen. Der Gerichtshof hat die ausschließliche Zuständigkeit der Gemeinschaft dekretiert, Abkommen mit dritten Staaten über den Handel mit Waren und Dienstleistungen zu schließen. Nach dem Vertrag sollte die Gemeinschaft lediglich "einheitliche Grundsätze" der "gemeinsamen Handelspolitik" gestalten. Die Folgen sind verheerend. Handelspolitik kann nicht allein dem Freihandel oder allein der Protektion verpflichtet sein. Sie muß der Lage einer Volkswirtschaft gerecht werden.

Liebedienerei gegenüber dem "Kapital":

Die Zuständigkeitspolitik der Union macht die Völker gegenüber der Globalisierung wehrlos. Hinzu kommt die grenzenlose Kapitalverkehrsfreiheit, welche seit 1994 gilt. Sie ermöglicht im Verbund mit den Verträgen der Welthandelsordnung den rücksichtslosen Standortwechsel der Unternehmen in Billiglohnregionen und damit den Verlust von Arbeitsplätzen und des erwirtschafteten Kapitals, das woanders investiert wird.

BRD als Superzahlmeister:

Die wettbewerbsverzerrende Währungsunion nimmt zudem den Euroländern die Hoheit über die Auf- oder Abwertung ihres Geldes, durch welche sie sich leistungsgerecht am Binnen- und am Weltmarkt behaupten könnten. Im Übrigen leistet Deutschland erheblichen finanziellen Transfer in die Euroinflationenländer, denen wiederum durch die notwendig undifferenzierte Währungspolitik der Europäischen Zentralbank die Wettbewerbsfähigkeit verloren geht.

Undemokratische "Richter" entscheiden willkürlich:

Die Gewaltenteilung, welche gegen die übermäßige Machtentfaltung der Exekutive gerichtet ist, ist im Unionsstaat nicht verfaßt, wenngleich der Vielheit der Mitgliedsstaaten gewisse machthemmende Wirkungen nicht abgesprochen werden können. Die eigentliche Macht haben außer den Staats- und Regierungschefs die Kommission und der Gerichtshof, beide ohne demokratische Legitimation. Im Gerichtshof judizieren Richter, von denen allenfalls einer eine mehr als schmale Legitimation aus seinem Land hat. Diese mächtigen und hoch bezahlten Richter werden ausgerechnet im Einvernehmen der Regierungen ernannt, auch nur für sechs Jahre, aber mit der Möglichkeit der Wiederernennung. Das schafft keine Unabhängigkeit. Einen größeren Tort kann man dem Rechtsstaat kaum antun, zumal diese Richter alle rechtlichen Grundsatzfragen für etwa 500 Millionen Menschen entscheiden. Der Grundrechtsschutz leidet schwere Not, seitdem die Gemeinschaftsordnung unser Leben weitestgehend bestimmt. Seit seinem Bestehen hat der Gerichtshof, der, gedrängt vom Bundesverfassungsgericht, die Grundrechteverantwortung an sich gezogen hat, nicht ein einziges Mal einen Rechtssatz der Gemeinschaft als grundrechtswidrig erkannt.

Oktroyierte "Verfassung" ohne ein Volk:

Der Verfassungsvertrag, der in Frankreich und in den Niederlanden gescheitert ist, den die Bundeskanzlerin als Ratspräsidentin aber wieder beleben will, hat den Wechsel der Union von der völkerrechtlichen Organisation, dem Staatenverbund, zum Bundesstaat mit fast allen existenziellen Staatsbefugnissen auch textlich vollzogen. Er benutzt die Sprache des Staatsrechts, nicht mehr die des Völkerrechts. Freilich wird die demokratische Legitimation, die nur ein existenzieller Staat, nämlich ein Staatsvolk, einer solchen Staatsgewalt geben könnte, nicht gestärkt, weil es das Volk "Europas" nicht gibt. Ohne Referenden aller beteiligten Völker kann ein europäisches Volk nicht entstehen. Diese Referenden aber fürchtet die "Elite" der Parteipolitiker, welche die Union führt, mehr denn je. Der Vertrag hat die Kompetenz-Kompetenzen der Union noch über die geltenden Generalklauseln hinaus ausgeweitet. Die Staats- und Regierungschefs können gar im vereinfachten Änderungsverfahren durch Europäischen Beschluß die Verfassung der "internen Politikbereiche" ganz oder zum Teil ändern, ohne daß der Bundestag und der Bundesrat zustimmen müßten. Betroffen wären die gesamte Wirtschafts-, Währungs- und Sozialpolitik, aber auch der "Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts". Das ist der Versuch eines neuen Ermächtigungsgesetzes.

Todesschuß und Todesstrafe eingeführt:

Daß der Vertrag "in Kriegszeiten oder bei unmittelbarer Kriegsgefahr", aber auch, um "einen Aufruhr oder einen Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen", die Todesstrafe wieder ermöglicht, ist kaum bekannt. Sonst hätten unsere Abgeordneten sicher nicht mit

Begeisterung zugestimmt. Wer das Recht verteidigen will, muß aus der Union ausscheiden. Das gäbe die Chance, durch neue Vereinbarungen eine Rechtsgemeinschaft zu begründen, ein europäisches Europa.

Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg

Ehemaliger Lehrstuhl für Öffentliches Recht

Lehrstuhlinhaber von 1989 bis 2006

Professor Dr. iur. Karl Albrecht Schachtschneider

Kontakt: KASchachtschneider@web.de

Forschungs- und Lehrgebiet

Das Forschungs- und Lehrgebiet des Lehrstuhls für Öffentliches Recht umfasst das gesamte öffentliche Recht einschließlich des Europarechts. Grundlegend sind die Freiheits-, Rechts-, Staatslehre und auch die Wirtschaftsphilosophie. Systematisch bearbeitet werden das Verfassungs-, Verwaltungs-, Wirtschafts- und Sozialrecht, das Europäische Verfassungs-, Verwaltungs-, Wirtschafts- und Sozialrecht, welches auch privatrechtliche Rechtsfragen einbezieht. Besondere Beachtung finden das Staatsunternehmensrecht, das Arbeitsverfassungsrecht, das Geld- und Währungsrecht, das Stabilitätsrecht, das Umwelt- und Gewerberecht und das Recht der freien Berufe. Zunehmend wird das Weltrecht (weltrechtliche Menschenrechte und Weltwirtschaftsordnung) einbezogen. Fundament aller Forschungs- und Lehrbemühungen ist der Kantianismus.

<http://www.kaschachtschneider.de/Schriften/Dokumente-herunterladen/dokumente-herunterladen.html>

Aufsätze von Prof. Dr. iur. K. A. Schachtschneider:

[Marktliche Sozialwirtschaft](#)

[Argumente gegen die Zustimmung zum Vertrag über eine Verfassung für Europa](#)

[Das europäisierte Deutschland nach dem Konventsentwurf einer "Verfassung für Europa"](#)

[Eigentümer globaler Unternehmen](#)

[Demokratische und soziale Defizite der Globalisierung](#)

[Die Universität in der Republik](#)

[Sittlichkeit und Moralität](#)

[Demokratie versus Kapitalismus](#)

[Flächentarifvertrag](#)

[Medienmacht versus Persönlichkeitsschutz](#)

[Rechtsstaatlichkeit als Grundlage des inneren und äußeren Friedens](#)

[Gesamtänderung der Bundesverfassung Österreichs](#)

[Der Vertrag von Lissabon](#)

[Rechtsproblem Familie](#)

[Staat ohne Legitimation](#)

[Finalität der Europäischen Union](#)

[Freiheit und Recht in der Europäischen Union](#)

[Veränderungen des Staates und der Staatlichkeit im Zeitalter der Globalisierung](#)

[Verfassungsbeschwerde gegen den Vertrag von Lissabon](#)

[Verfassungsbeschwerde gegen den Vertrag von Lissabon für Österreich](#)

[Verfassungsargumente gegen die Integration Österreichs in die Europäische Union](#)

[Verfassungswidrigkeit der Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union](#)

[No to the Lisbon Treaty](#)

[Irish arguments against the Treaty of Lisbon](#)

[Besprechung des BVerfG-Urteils zur Klage gegen den Vertrag von Lissabon](#)

FAZIT: Peter Scholl-Latour sagte mal sinngemäß (genaues Zitat leider vergessen): Fürchte dich vor den Thesen alter und erfahrener Menschen, die keine Rücksicht mehr auf Karriere nehmen.“ Prof. Dr. Schachtschneider ist im Ruhestand und kann so ebenfalls noch offener sprechen als früher, natürlich als BRD-Pensionär nicht so offen wie Peter Scholl-Latour. Von beiden können wir viel lernen.

Herausgeber des pvcm-Weckrufs: Web-Insel-Reich Autarkia (WIR Autarkia), Freistaat aller, die eine Alternative zum BRD+EU+US-System wünschen. BRD wie still und friedlich BRDigen: die Bevormundungs- und Raubritter-Diktatur.

pvcm@volksverarschung-stopp.de erledigt nur den Versand.

Informationen über diese Staatsalternative und den Aufnahmeantrag gibt es bei wir@wir-autarkia.com

In den pvcM-Weckrufen steckt sehr viel Arbeit. Dennoch werden sie kostenlos zur Verfügung gestellt, um die Wahrheit unter Leuten, die dafür aufgeschlossen sind, möglichst stark zu verbreiten. Das klappt aber nur mit Hilfe der Leser.

Als bescheidene Gegenleistung wird daher erwartet, dass die Leser die pvcM-Weckrufe Gleichgesinnten und potenziell Gleichgesinnten zugänglich machen, **bitte aber NUR Gleichgesinnten und potenziell Gleichgesinnten, also nicht Mitgliedern und Stammwählern der Bundestagsparteien (außer bei Freigabe).**

Bitte teilen Sie diesen mit Kopie an wir@wir-autarkia.com mit, dass Sie sie für ein kostenloses Abo angemeldet haben.

Fragen, Wünsche, Anregungen, Kommentare bitte an wir@wir-autarkia.com!

An wir@wir-autarkia.com bitte auch direkte Abo-An- und Abmeldungen!

Bitte melden Sie sich ab, wenn Sie nicht bereit sind, das Anliegen des pvcM-Weckrufs und von WIR Autarkia zu unterstützen.



Wenn alle wachen Leser je 16 weitere pvcM-Multiplikatoren gewinnen, die das Gleiche tun, kann die **Befreiung von der BRD-Täuschung** gelingen, SONST NICHT.